

# Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

**DER KOMMENTAR**

**SELTEN WAR JEMAND SO UNWÜRDIG!**



**Gernot Grumbach**  
Vorsitzender des Bezirks  
Hessen-Süd

Eugen Kogon, Martin Niemöller, Elisabeth Selbert, Jürgen Habermas, Trude Simonsohn, Osswald von Nell-Breuning, sie alle haben sie erhalten, daneben viele andere, auch Politiker verschiedener Parteien, die Wilhelm-Leuschner-Medaille. Nicht alle waren unumstritten, aber insgesamt erfüllten alle die Grundanforderungen der höchsten Auszeichnung des Landes Hessen.

Die Medaille ist als Auszeichnung für Personen bestimmt, „die sich im Geiste Wilhelm Leuschners hervorragende Verdienste um die demokratische Gesellschaft und ihre Einrichtungen erworben haben.“ Seit 2008 kann die Medaille auch „zur Würdigung des Einsatzes für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit verliehen“ werden.

Wilhelm Leuschner war kein Heiliger. Ein „Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ hat er 1929 verantwortet. Aber er hat schnell gelernt. Sozialer Zusammenhalt ohne Ausgrenzung, Demokratie, freie Einheitsgewerkschaften, dafür hat er gestritten. So wurde er einer der erbittertsten Gegner des Nationalsozialismus. Dafür ist er hingerichtet worden.

Roland Koch hat nichts von alledem. Ausgrenzung war sein Rezept, gegen Gewerkschaften und soziale Initiativen war seine Politik gerichtet, Spendenskandal und NSU-Skandal gehören zu seiner Amtszeit. Selten war jemand so unwürdig.

Gernot Grumbach

**PETITIONEN - DAS RECHT DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER**

VON ANDREA YPSILANTI, MDL

**B**ürgerbeteiligung ist, nicht erst seit gestern, in aller Munde. Die Politik, und ja, das gilt wirklich für fast alle Politiker\*innen, hat erkannt, dass es wichtig ist, Bürger\*innen die Möglichkeit zu geben, sich einzumischen. Bürgerworkshops, Dialogforen und Bürgerentscheide sind keine Seltenheit mehr. Da verwundert es, dass das Petitionswesen, als eines der zentralsten Elemente der direkten Demokratie, so wenig Aufmerksamkeit erhält. Das Recht, eine Petition einzureichen beim Bundestag oder in den einzelnen Länderparlamenten, ist in nichts Geringerem verankert, als dem Grundgesetz. In Artikel 17 ist festgelegt, dass alle Menschen das Recht haben, einzeln oder im Zusammenschluss, den Gesetzgeber z.B. dazu aufzufordern, sich mit einem allgemeinen politischen Sachverhalt auseinanderzusetzen oder aber einzelne Gesetze zu verändern. Das mag sich banal anhören, kann aber, wenn richtig angewandt, ein starkes Instrument sein. Bürger\*innen haben so die Möglichkeit auf Missstände und Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen und die Politik aufzufordern, sich damit angemessen auseinanderzusetzen. Die Stärke dieses Instrumentes liegt, zugegebenermaßen, nicht in der parlamentarischen Auseinandersetzung, sondern vor allem darin, dass besonders bei Massenpetitionen über öffentlichen Druck und mediale Aufmerksamkeit Themen plötzlich die Bedeutung bekommen, die ihnen sonst verwehrt wird. Der Gesetzgeber wollte, das steht zweifelsohne fest, dass die Möglichkeit eine Petition einzureichen, wirklich ALLEN Menschen uneingeschränkt zur Verfügung steht. Das drückt sich darin aus, dass selbst Menschen ohne Wahlrecht sich mit Petitionen an das Parlament wenden können.

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass Menschen besonders dann von ihrem Recht Gebrauch machen, wenn sie sich in Situationen befinden, in denen sie keine andere Möglichkeit mehr sehen, wirksam auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Dies kommt vor allem zum Ausdruck, wenn sich Bürger\*innen durch Petitionen über einzelne Behördenentscheidungen beschweren und den Petitionsausschuss um deren Überprüfung bitten. Um diese Vermittlungsfunktion zwischen Bürger\*innen und Behörden



FOTO: SPD-HESSEN

**Andrea Ypsilanti, MdL**  
Vorsitzende des  
Petitionsausschusses  
im Hessischen Landtag

ausüben zu können, verfügt der Petitionsausschuss über besondere Mittel, den Vollzug von Verwaltungsentscheidungen bis zur Beratung des Petitionsausschusses auszusetzen zu lassen. Oft handelt es sich hier um Fälle, in denen der Rechtsweg ausgeschöpft ist. Im Petitionsausschuss stehen daher Einzelfälle - oft auch Einzelschicksale - im Vordergrund. An diesem Punkt wird dann auch die „Schwäche“ dieses Instrumentes deutlich. So dramatisch die Umstände mancher Petition auch sein mögen, über geltendes Recht kann sich auch der Petitionsausschuss nicht hinwegsetzen.

In allen Bundesländern war in den vergangenen Jahren ein Anstieg der Petitionsverfahren zu verzeichnen. Hauptursache für diesen Anstieg war die massive Zunahme von Petitionen von Menschen, die sich dadurch die Chance auf eine neue Heimat in Deutschland erhofften. Ein abgeschlossenes Petitionsverfahren bildet unabhängig vom Ausgang zumindest in Hessen die formale Voraussetzung, um ein Verfahren bei der sog. Härtefallkommission des Landes betreiben zu können. Die Härtefallkommission steht nicht über dem Gesetz, aber sie bietet, in einem festgelegten Rahmen, die Möglichkeit humanitären Gründen eine besondere Bedeutung beizumessen. Der Innenminister trifft hier die endgültige Entscheidung, wobei er in zahlreichen Fällen das „Ersuchen“ der Härtefallkommission nicht umsetzte. Dies ist nach wie vor ein großes Problem für die Arbeit der Härtefallkommission.

Die Zunahme der Petitionen, die sich mit Bleiberecht befassen, steht natürlich in direktem Zusammenhang mit auf Bundesebene getroffenen Entscheidungen. Natürlich spielt es eine Rolle, welche Länder als sichere Herkunftsländer angesehen werden oder ob etwa auch Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien und dem Irak nur noch ein niedrigerer Schutzstatus - der sog. subsidiären Schutz - gewährt wird. Die daraus resultierende Begrenzung des Familiennachzugs hat bekanntlich in den letzten Jahren zu einer Klagewelle gegen diese Bescheide geführt, wobei die Gerichte in der Vielzahl dieser Fälle zugunsten der Klägerinnen und Kläger entschieden haben. Beide Themenbereiche standen folgerichtig auch in zahlreichen Petitionen in Hessen im Mittelpunkt.

**Petitionen an den Hessischen Landtag:**

Petitionen können von einer Bürgerin oder einem Bürger beim Landtag per Brief, Fax oder online über die Homepage des Hessischen Landtags eingereicht werden.

**Mehr Informationen und Online-Petition unter:**

[www.hessischer-landtag.de/content/petitionen-0](http://www.hessischer-landtag.de/content/petitionen-0)

**Schriftlich einzureichen an:**

Hessischer Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden  
oder  
Fax-Nr.: 0611 350-459

# INHALTE STATT KOALITIONSDEBATTEN

VON KAWEH MANSOORI

Seit die Jamaika Sondierungen gegen die Wand gefahren sind, wird der SPD die Rolle als Notnagel der Kanzlerin zugeschoben. Dabei geht es gerade in diesem Bundestag darum, die Bindekräfte der Volksparteien zu stärken. Dafür müssen wir Erkennbarkeit schaffen und Alternativen anbieten statt die Opposition im Land der AfD zu überlassen. Die wichtigste Erkenntnis aus dem Wahlergebnis ist, dass der Dauerkonkurrenz unserer Demokratie nicht gut tut. Es braucht wieder den Wettstreit um die Meinungsführerschaft im Land, um den besten Weg für eine gute Zukunft. Hierin liegt die Aufgabe der SPD. Das kann und muss unser Beitrag zur staatspolitischen Verantwortung sein, den viele einfordern.

## Keine Formelkompromisse mit Vertragsbrüchigen

Bei CDU und CSU handelt es sich um den gleichen zerstrittenen und vertragsbrüchigen Chaotenladen, den wir vier Jahre lang hinreichend kennengelernt haben. Landwirtschaftsminister Schmidt hat das bei seinem Alleingang in der Glyphosat-Entscheidung nochmal in aller Klarheit hinterlegt. Wir erinnern uns aber auch an die Blockade bei der Frauenquote, bei der großen Erbschaftssteuerreform oder bei der Begrenzung von Mana-

gergehältern. Wir erinnern uns an die Finanztransaktionssteuer oder die Solidarrente für langjährige Beitragszahlende, die nie kamen, obwohl sie vereinbart waren. Wir erinnern uns an die Blockaden gegen eine moderne Familienpolitik, gegen das Rückkehrrecht in Vollzeit oder gegen die Familienarbeitszeit. Die Union hat sich in den letzten vier Jahren nicht um Vereinbarungen geschert und sie wird es auch in den nächsten vier Jahren nicht tun.

## Parlament stärken

Die Bundesrepublik hat ein stabiles politisches System. Sie hat eine handlungsfähige, geschäftsführende Regierung. Sie hat ein handlungsfähiges Parlament. Es ist am Parlament diese Handlungsfähigkeit durch Gesetzesinitiativen unter Beweis zu stellen. Wieso bringen wir nicht alle Vorhaben ein, die im Rahmen des letzten Koalitionsvertrags bereits vereinbart waren?

Wieso bringen wir kein Gesetz für mehr Ordnung am Arbeitsmarkt ein? Die Befristung von Arbeitsverträgen ohne Grund könnte im Fingerstreich verboten werden. Gleiche Anstellungsbedingungen für Leiharbeiter und Stammbeschäftigte ab dem ersten Tag können ohne Weiteres zur Abstimmung gebracht werden. Wieso fordert die SPD einen höheren

gesetzlichen Mindestlohn, bringt aber kein Gesetz in den Bundestag ein?

Jetzt ist die Stunde des Parlaments. Jetzt lässt sich zeigen, dass Politik auch im Plenum statt im Hinterzimmer möglich ist.

## Inhalte first, Taktieren second

In allen Gesprächen mit anderen Parteien muss es um Inhalte gehen.

Es muss um Strategien für ein soziales und solidarisches Europa gehen. Es muss um bezahlbares Wohnen gehen. Es muss um gute Bildung für alle gehen. Es muss um sichere Arbeit gehen, von der man leben kann. Es muss um Unterstützung für Familien gehen. Es muss um Wertschätzung für Lebensleistungen gehen. Und es muss um ein Ende des Casinokapitalismus gehen.

Die SPD hat nur eine Chance, wenn sie ihre inhaltliche Glaubwürdigkeit untermauert. Wenn sie in der öffentlichen Debatte deutlich macht, dass es in der Politik in erster Linie nicht um Macht ihrer selbst willen, sondern darum geht, etwas für die Menschen zu erreichen und ihr Leben besser zu machen.

154 Jahre lang hat die SPD Verantwortung übernommen, wenn es auf sie ankam. Sie war aber nie ein Kanzlerwahlverein, schon gar nicht der Kanzlerwahlverein der anderen.



FOTO: PETER JÜLICH

Kaweh Mansoori

Vorsitzender  
der Jusos Hessen-Süd



# DIE WILHELM-LEUSCHNER-MEDAILLE 2017

## Gratulation an Brigitte Zypries und Salomon Korn

Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd Gernot Grumbach, MdL erklärte zur Verleihung der Medaille an Brigitte Zypries und Salomon Korn: „Ich freu mich über die Entscheidung der hessischen Landesregierung, Brigitte Zypries und Salomon Korn die Wilhelm-Leuschner-Medaille zu verleihen. Brigitte Zypries hat sich stets mutig und leidenschaftlich für soziale Gerechtigkeit und Demokratie eingesetzt. Dafür erhält sie nun völlig zu Recht die Wilhelm-Leuschner-Medaille. Salomon Korn hat sich als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main sowie als Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland couragiert und engagiert für ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft und zwischen den Religionen eingesetzt.“

Ich gratuliere Brigitte Zypries und Salomon Korn zur Wilhelm-Leuschner-Medaille und danke ihnen für ihren jahrelangen Einsatz für die Bundesrepublik Deutschland, das Land Hessen und das Wohl der Menschen in unserer Region.“

## Unverständnis über Preisträger Roland Koch

Gegen die Entscheidung von Minister-

präsident Volker Bouffier Roland Koch ebenfalls auszuzeichnen, regte sich im SPD-Bezirk Hessen-Süd Widerstand. Der Bezirk unterstützte einen Aufruf des DGB zu einer Protestkundgebung zeitgleich zur Verleihungszeremonie. Zudem sahen sich sowohl die Historische Kommission des SPD-Bezirks als auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) veranlasst zu reagieren und haben bei ihren aktuellen Sitzungen im November Anträge formuliert. Beide Gremien machten deutlich:

Die Entscheidung des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, die Wilhelm-Leuschner-Medaille an Roland Koch zu verleihen, ist ein Skandal und entspricht keinesfalls dem politischen Erbe Leuschners. Sie protestieren auf das Schärfste gegen diese Verleihung und fordern, dass eine unabhängige Kommission die Personen auswählen soll, die mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille ausgezeichnet werden sollen.

## Aktuelle Stunde im Hessischen Landtag

Am 23. November fand auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion in Wiesbaden eine Aktuelle Stunde zur Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille statt. Die

SPD machte dabei deutlich, dass der hessische Ministerpräsident mit der Verleihung der Medaille an Roland Koch die Ehre und Würde Wilhelm Leuschners verletzt. Wenig überraschend, reagierte die CDU-Fraktion barsch auf das Anliegen der SPD. Erstaunt sein kann man allerdings durchaus über die Haltung der Grünen zu diesem Thema. Denn auch der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Mathias Wagner hat den dringlichen Entschließungsantrag der Regierungsfractionen mitunterzeichnet. Darin heißt es kurz und äußerst rüde: „Der Landtag anerkennt die von Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn verfügte Regelung, dass die Auszeichnung mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille in der alleinigen Kompetenz des hessischen Ministerpräsidenten liegt, und verzichtet daher auf eine Kommentierung dieser Entscheidung durch den Hessischen Landtag.“ Selten ist so deutlich dokumentiert worden, wie schnell die Grünen bereit sind, auf ihre parlamentarischen Rechte zu verzichten, wenn es der schwarz-grünen Mehrheit dient.

(CG)

Mehr zum Thema im Kommentar von Gernot Grumbach auf Seite I.

## Wer war Wilhelm Leuschner?

Wilhelm Leuschner (1890-1944) bezahlte seinen Widerstand gegen die Nationalsozialisten mit seinem Leben. Er stand für die Einheit der Demokraten sowie für eine soziale Republik. Leuschner wurde vom Freisler'schen „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Die Wilhelm-Leuschner-Medaille ist die höchste Auszeichnung des Landes Hessen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Georg-August Zinn hat sie anlässlich des 20. Todestages von Wilhelm Leuschner 1964 gestiftet. Die Medaille wird traditionell am 1. Dezember, dem Hessischen Verfassungstag, verliehen.

## Preisträger 2017

Ministerpräsident Volker Bouffier hat entschieden, dass in diesem Jahr die Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD), der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Salomon Korn sowie der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch die Wilhelm-Leuschner-Medaille erhalten sollen.

# 3 JAHRE - 100 m<sup>3</sup> GRÜNSCHNITT - 3 NEUMITGLIEDER

Braunfelser SPD sorgt im Stadtteil Wintersburg für die Entsorgung von großem Grünschnitt

**V**or über drei Jahren wurde die Braunfelser SPD aktiv, um großen Grünschnitt der Bewohner des Stadtteiles Wintersburg ordnungsgemäß zu entsorgen. In dem waldnahen Wohngebiet fallen in großen Mengen sperriges Astwerk und Grünschnitt an. Viele Bewohner haben jedoch keine Möglichkeit, dieses an den Sammelplätzen anzuliefern.

Ekkehard Wagner, stellvertretender Vorsitzender und selbst Bewohner des Stadtteils startete das Projekt mit der Braunfelser SPD: Im März und November steht an einem Samstag ein großer Container bereit, sodass die Bewohner gegen eine Spende ihren Grünschnitt abgeben können.

„Wir begrüßen die Anlieferer, kommen mit ihnen ins direkte Gespräch und sind für sie da, unabhängig vom Wahlkampf. Wir haben so schon viele Informationen bekommen und in diesem Jahr haben wir bereits drei Beitritte alleine aus der „Wintersburg“. Ich freue



FOTOS: SPD BRAUNFELS

**Sammelaktion der SPD-Braunfels**  
 Kleines Bild (v.l.n.r):  
 Ekkehard Wagner, Renate Fuhr, Kristin Krause und Dieter Pache

mich, dass wir innerhalb von drei Jahren über 100 Kubikmeter gesammelt haben, die ansonsten zum großen Teil im angrenzenden Wald entsorgt worden wären und vor allem darüber, wenn ich gefragt werde: Macht ihr es wieder?“, so

Ekkehard Wagner über die Grünschnittsammelaktion.

Aktive Hilfe leisten seit letztem Jahr außerdem Nasir und Nisar Alekozai aus Afghanistan, die seit Juni 2016 mit ihrer großen Familie hier leben. (EW)

## VIEL POWER BEI DER ASF-BEZIRKSKONFERENZ

**A**uf der Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Hessen-Süd fanden turnusgemäß die Neuwahlen des Vorstands statt. In ihrem Amt bestätigt wurden Ulli Nissen als ASF-Vorsitzende und Nadine Gersberg als ihre Stellvertreterin. Andrea Gerlach wurde als zweite Stellvertreterin neu gewählt.

Komplettiert wird der Vorstand durch zwei Schriftführerinnen und elf Beisitzerinnen. Mit Blumensträußen wurden

ärgerung darüber, dass im hauptamtlichen Magistrat in Wiesbaden – auch unter SPD Beteiligung - keine einzige Frau vertreten ist.

Als Jüngste in der Runde der ASF Unterbezirksvorsitzenden wurde die Zwanzigjährige Annika Niemeyer aus dem Main-Kinzig-Kreis herzlich begrüßt. Das Thema der Konferenz war „Frauen und Care-/Pflegeberufe“. In einer munteren, konstruktiven Debatte nach den Impulsreferaten der Gesundheitspoliti-

nige Menschen die Ausbildung in Pflegeberufe anstreben.

Viele der Anträge der Konferenz, die jeweils mit großen Mehrheiten angenommen wurden, beschäftigten sich mit Veränderungen in der Parteilarbeit. Dabei wurde insbesondere auf unser Motto „Die SPD muss weiblicher werden“ geachtet.

Unter anderem wurde im Antrag „Geschlechtergerechte Sitzungsleitung“ des ASF-Bezirksvorstands gefordert, eine Veränderung der Geschäftsordnungen für Versammlungen vorzunehmen. Dies bedeutet nicht nur, dass Frauen und Männer in der Redeliste sich ablösen, sondern auch dass Genoss\*innen bevorzugt aufgerufen werden, die bisher noch nicht geredet haben.

Auch geschlechtergerechte Sprache kann dazu beitragen, dass die SPD weiblicher wird. Für die Gleichstellung aller Geschlechter in allen Bereichen ist die Sprache sehr wichtig. Auch in der SPD erleben wir immer wieder, dass die Sprache männlich geprägt ist. Häufig wird zum Beispiel der Begriff „Rednerliste“ genutzt, bessere und kürzere Alternative wäre Redeliste. Für viele Begriffe gibt es geschlechtsunabhängige Alternativen: Zum Beispiel anstatt Studentin/Student besser Studierende und anstatt Fachfrau/Fachmann besser Fachkraft. Die ASF-Bezirkskonferenz fordert den SPD-Parteivorstand auf, eine Vorschlagsliste für geschlechtergerechte Sprache erarbeiten zu lassen und diese dann den Gremien vorzulegen.

Im nächsten Jahr will der ASF-Bezirksvorstand neben den Feiern zu 100 Jahre Frauenwahlrecht und 30 Jahre Quotenbeschluss eine Neumitgliederveranstaltung nur für Frauen ausrichten. (UN)



**Der neue ASF-Bezirksvorstand Hessen-Süd v.l.: Susanne Hoffmann-Fessner, Ulrike Schmidbauer, Nadine Gersberg, Alexandra Schmitt, Judith Heck, Theda Ockenga, Ulli Nissen, Ulla Peppeler, Annette S., Andrea Gerlach und Doris Globig**

Barbara Wagner, Johanna Lotz und mit einem besonderen Dank Rotraut Schäfer verabschiedet, die sich schon seit etwa 30 Jahren für die Gleichstellung von Frauen einsetzt. Alle drei waren nicht mehr angetreten.

Die ASF-Bezirkskonferenz nahm mit großer Freude zur Kenntnis, dass in drei Unterbezirken neue ASF Vorstände gegründet wurden – im Vogelsberg, im Rheingau-Taunus-Kreis und in Wiesbaden. Die Initiative zur Gründung der Wiesbadener ASF entstand auch aus Ver-

kerin Bettina Müller, MdB und von Georg Schulze-Ziehaus, Fachbereichsleiter von ver.di, wurde auf die dramatische Situation im Pflegebereich hingewiesen und dringendes Handeln der Politik angemahnt. Unter anderem müssen die Betreuungsschlüssel für die zu Pflegenden angehoben werden und eine deutliche Verbesserung der Vergütung der Beschäftigten muss angestrebt werden. Dies sind auch Maßnahmen, um den Berufseinstieg attraktiver zu machen. Ein großes Problem bisher war, dass zu we-

## NEUER AFA-BEZIRKSVORSTAND GEWÄHLT

**A**m 11. November 2017 lud die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Bezirk Hessen-Süd zu ihrer ordentlichen Bezirkskonferenz mit Vorstandswahlen in Frankfurt am Main ein.

Nach den Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden Rainer Bicknase, diskutierten die anwesenden Delegierten mit Gernot Grumbach, Vorsitzender der SPD Hessen-Süd und stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Hessen, über die künftige Ausrichtung der AfA Hessen-Süd. Hierzu vorliegende Anträge wurden beschlossen und Positionspapiere verabschiedet.

Anschließend wurde der neue Bezirksvorstand gewählt: Rainer Bicknase wurde als Vorsitzender bestätigt. Als seine Stellvertreter wurden Dagmar Losert und An-

dreas Trägler gewählt. Der geschäftsführende Vorstand wird durch Hildegard Kettler (Schriftführung) und Claudia Trägler (Pressearbeit) ergänzt.

Weiterhin wurden aus verschiedenen AfA Unterbezirken 15 Beisitzerinnen und Beisitzer sowie die Delegierten zur AfA Bundeskonferenz gewählt. (CT)



**Der neue AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd v.l.: Hildegard Kettler, Serpil Sarikaya, Bernd Klippel, Ortrud Seifert, Andreas Trägler, Rainer Bicknase, Michael Gerheim, Maximilian Meyer, Sarah Krampitz, Karl Otto Waas, Marion Eisele, Harald Staier, Rainer Frank, sitzend: Brigitte Frank**

### TERMINE

#### SPD-BEZIRK HESSEN-SÜD

**15.01.18** Veranstaltung des Forums Eine Welt und des Ausschusses Sicherheit und Frieden zum Thema Nordkorea, Frankfurt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel. 069 299888-140, E-Mail: birgit.meier@spd.de oder im Internet [www.spdhessensued.de](http://www.spdhessensued.de)

#### TONI-SENDER-AKADEMIE

**10.02.18** Networking - Frauen in der SPD, Seminar, Frankfurt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel. 0611 9997719, E-Mail: toni-sender-akademie@spd.de oder im Internet [www.toni-sender-akademie.de](http://www.toni-sender-akademie.de)

#### FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

**06.02.18** Eröffnungsveranstaltung: Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen (Ausstellungszeitraum: 06.02.-02.03.), Pfungstadt

**20.02.18** Digital Politics: So verändert das Netz die Demokratie, Lesung, Darmstadt

**23.02.18** Engagement im Ehrenamt - Rhetorik Grundlagen, Seminar, Steinbach

Anmeldung: Tel. 0611 341415-0, E-Mail: landesbuero.hessen@fes.de oder im Internet [www.fes.de/hessen](http://www.fes.de/hessen)

#### AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK HESSEN e.V. (AFK)

**10.02.18** Aufsichtsräte in kommunalen Beteiligungen, Seminar, Frankfurt

Anmeldung unter Tel. 0611 3601176, E-Mail: info@afk-akademie.de oder im Internet unter [www.afk-akademie.de](http://www.afk-akademie.de)

#### IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd  
**Herausgeber:** Gernot Grumbach  
**Redaktion:** Christiane Gregor  
 Fischerfeldstr. 7-11,  
 60311 Frankfurt a.M.,  
 Tel. 069/299888-120